

Publik-Forum.de

von **Christoph Fleischmann**
aus: **Publik-Forum 22/2024 vom 22.11.2024**

**Druckversion ohne Bilder
via Digital-Zugang**

Alles unter Kontrolle?

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland wählt Kirsten Fehrs zur Ratsvorsitzenden und versucht beim Thema Missbrauchsaufarbeitung die Fäden in der Hand zu behalten. Was nicht immer gut gelingt.

Die Ärztin Bärbel Krumme, die schon Ende der 1970er-Jahre auf der Cap Anamur Menschen gerettet hat, sprach zum fünfjährigen Geburtstag des Seenotrettungsbündnisses United4Rescue im Foyer des Würzburger Congress Centrums, als dort die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) tagte. Nach ihrer Rede kam ein junger Security-Mitarbeiter auf sie zu und sagte: »Wir kennen uns. Ich war 2018 in Ihrer Gemeinde im Kirchenasyl.«

Arnd Henze, WDR-Redakteur und Mitglied der Synode, erzählt diese Geschichte, die ihm das »Herz erwärmt« habe, auf dem Podium der Synode, die das Schwerpunktthema »Migration, Flucht und Menschenrechte« berät. Der junge Mann aus Somalia habe drei Kinder, lebe und arbeite hier »in der Security-Firma, die uns gestern unterstützt hat«. Er sei Teil der Gesellschaft. »Und er verdankt, dass er hier sein kann, einem Kirchenasyl, das im Moment so unter Druck steht.« Henze erzähle die Geschichte, um den negativen gesellschaftlichen Narrativen zu Flucht und Migration positive Beispiele des Gelingens entgegenzusetzen. Nach den Worten der jungen Synoden-Präses Anna-Nicole Heinrich setzt die Synode mit dem Schwerpunktthema ein deutliches Zeichen, »dass wir nicht von der Seite der Menschen weichen«; auch nicht, wenn der Wind im nächsten Bundestagswahlkampf von vorne komme.

Wofür aber brauchte die Synode die Unterstützung einer Securityfirma? Weil man manche Menschen eben doch auf Abstand halten wollte. Augenscheinlich hatten die Planer der Synode Angst vor Betroffenen sexualisierter Gewalt, die die Synode stören könnten. An der Seite dieser Menschen zu stehen fällt der Kirche schwerer, weil sie nicht dankbar sind wie die Geflohenen, die nun gut integriert sind, sondern weil sie unangenehme Forderungen stellen und nicht selten bleibende Schäden haben. Sie eignen sich also nicht gut für »Narrative des Gelingens«.

Aber die Security musste dann gar nicht einschreiten: Am Montag früh standen lediglich wenige Demonstranten der Initiative »Vertuschung beenden« vor dem Congress Centrum. Einer von ihnen, Henning Stein, Vater eines Sohnes, der in einem evangelischen Internat missbraucht worden ist, war Mitglied im ehemaligen Betroffenenbeirat der EKD. Er mahnt die Kirche zu einer demütigen Haltung: Beim Thema Missbrauch müsse sich die Kirche vom Irrglauben lösen, aus sich heraus gut zu sein und für alles die Deutungshoheit zu besitzen. »Kein Tatort kann sich selbst aufklären«, ist Stein überzeugt.

So forderten die Demonstrierenden neben einer angemessenen Entschädigung von Betroffenen sexualisierter Gewalt vor allem eine demokratische Betroffenenbeteiligung, in der die Vertreter von anderen Betroffenen gewählt werden; außerdem eine unabhängige Aufarbeitung sowie die Einrichtung einer Stelle, in der Betroffene von unabhängigen Fachleuten neutral beraten werden. Außerdem wurde darauf hingewiesen, dass ehemalige Heimkinder in den Strukturen der EKD zu wenig berücksichtigt seien.

Kontrolle und Deutungshoheit abzugeben fällt der Kirche aber schwer bei der Missbrauchsaufarbeitung: Im

sogenannten Beteiligungsforum diskutieren acht von der Kirche ausgewählte Betroffenenvertreter mit leitenden Kirchenleuten über anstehende Maßnahmen zum Thema Prävention, Entschädigung und Aufarbeitung. Entscheiden aber kann das Forum nicht.

So haben die Vertreter des Beteiligungsforums auf der Synode ein ums andere Mal die Landeskirchen eindringlich gebeten: Teuer werde der Schaden sein, meinte Betroffenenvertreter Detlev Zander, der durch den Eindruck entstehe, dass die Landeskirchen und die Diakonie sich nicht an die Beschlüsse des Beteiligungsforums hielten – gerade wenn es ums Geld gehe. Und die Pfälzer Kirchenpräsidentin Dorothee Wüst mahnte, dass alles, was im Beteiligungsforum überlegt, geplant, beraten und beschlossen werde, nur etwas ausrichte, »wenn es im gesamten Raum von Kirche und Diakonie ernst genommen wird«. Das scheint noch nicht überall der Fall zu sein.

Verordnete Harmonie

Dabei sind die vorgeschlagenen Maßnahmen des Beteiligungsforums schon ein Kompromiss: Das System der Anerkennungszahlungen für Betroffene von sexualisierter Gewalt soll reformiert werden. Neben individuellen Unterstützungsleistungen je nach Schwere der Tat und den Folgeschädigungen soll es noch 15 000 Euro geben, wenn die Tat strafrechtlich relevant war, also zu einer Verurteilung hätte führen können. Für Detlev Zander war die pauschale Summe »die absolute Untergrenze, um dieser Reform überhaupt zustimmen zu können«. Kirchenfrau Wüst meinte, sie könne es keinem Finanzdezernenten einer Landeskirche verdenken, wenn er erst mal hochrechne, welche Anspruchshöhe was für die Kirchenfinanzen bedeuten würde. »Dann müssen wir einen Kompromiss finden«, so Wüst.

Zu Deutsch: Die Zahlungen orientieren sich nicht daran, was angemessen wäre oder was die weltliche Rechtsprechung in den letzten Jahren Opfern sexualisierter Gewalt durch Geistliche zuerkannt hat, sondern eben auch an dem, was die Landeskirchen meinen leisten zu können. Die Synode hat aber über die Anerkennungszahlungen und weitere Maßnahmen gar nicht im Detail zu entscheiden. Das wird erst nach Rücksprache mit den Leitungen der Landeskirche im 15-köpfigen Rat der EKD geschehen. Herauskommen werden Richtlinien, die für die Landeskirchen nicht verbindlich sind, sondern die sie mit Änderungen in eigene Gesetze umwandeln können. Ob die vielbeschworene Einheitlichkeit so herzustellen ist, muss man abwarten.

Betroffenenvertreterin Nancy Janz meinte, sie hätte zweieinhalb Jahre gebraucht, um zu verstehen, wie Strukturen auf EKD-Ebene funktionierten, und fügte hinzu: »Ich habe manches bis heute nicht kapiert.« Die Hamburger Theologieprofessorin Kristin Merle will deswegen und als Konsequenz aus der großen Missbrauchsstudie über Macht in der Kirche reden. Nicht nur Ehrenamtliche in der Kirche, selbst Bischöfe würden über intransparente oder verdeckte Machtstrukturen klagen. Sie fordert auch, kritisch darauf zu schauen, was notwendige Kooperationen zwischen EKD und Landeskirchen behindert. Im Gespräch mit Publik-Forum deutet sie an, dass es im Sinne einer weiteren Demokratisierung Reformen braucht: Die EKD-Synode könne ihre kirchenleitende Verantwortung besser wahrnehmen, wenn sie zum Beispiel über das Jahr stärker involviert wäre, statt nur einmal im Jahr zusammenzukommen. Die Synode müsse auch diverser werden, so Merle.

Schließlich hat die Synode die Betroffenen, die erst draußen demonstriert haben, doch noch nach innen geholt auf die Gästetribüne und in einen »Dialograum«. Anschließend hat Julia von Weiler als »Anwältin des Publikums« Statements von Betroffenen vorgelesen, wie das von Jakob Feisthauer: »Ich brauche keine erneute Belehrung darüber, warum ich heute nicht sprechen darf.« Das habe er oft genug gehört. »Die evangelische Kirche versteht sich als demokratischer Prozess. Wir wollen Teil dieses Prozesses sein.«

Und dann las Julia von Weiler noch eine E-Mail vor, in der eine Betroffene von sexualisierter Gewalt fragte, warum das vermeintliche Versagen von Fehrs in ihrem Aufarbeitungsfall, in dem diese befangen gewesen sei, nicht untersucht werde. Fehrs war lange Vorsitzende der »Unabhängigen Unterstützungsleistungskommission« ihrer Nordkirche und hat über Unterstützungsleistungen mit entschieden. Die EKD wusste von dem Fall, deswegen gab es im Vorfeld der Synode ein Schreiben der EKD-Fachstelle für Sexualisierte Gewalt an die Synodalen mit Informationen dazu. Dort hieß es unter anderem: »Die Nordkirche arbeitet den Sachverhalt weiterhin konsequent auf, und die Stabsstelle Prävention der Nordkirche betrachtet den Vorgang weiterhin nicht als abgeschlossen.« Auf Nachfrage bei der Nordkirche hieß es, man suche noch eine externe Stelle, die das Verfahren prüfe.

Verdeckte Macht

Das Spitzengremium der Protestanten hat der »nicht abgeschlossene Vorgang« nicht irritiert: Der Rat der EKD sah die Bischöfin durch einen anderen Satz aus dem gewundenen Schreiben der EKD-Fachstelle als entlastet an: »Vor dem Hintergrund der bei der EKD nun vorliegenden Informationen sehen wir für das von Herrn Stahl in seinem offenen Brief Bischöfin Fehrs vorgeworfene Fehlverhalten keinerlei Anhaltspunkte.« Das scheint einer Mehrheit der Synodalen genügt zu haben: Die nach dem Rücktritt von Annette Kurschus vor einem Jahr schon kommissarische Ratsvorsitzende Fehrs wurde mit Zweidrittelmehrheit nun offiziell in dieses Amt gewählt. Allein die 19 Enthaltungen und 14 Gegenstimmen zeigen, dass einige Synodale nicht zufrieden waren. Eine offene Thematisierung der Beschuldigungen gab es auf der Synode nicht.

Nach der Wahl betonte Fehrs, dass man den Betroffenen mit Empathie begegnen und Schmerz und Wut von Betroffenen aushalten müsse. Ging es also nur um Schmerz und Wut der Betroffenen bei den Vorwürfen? Eigenes Fehlverhalten sprach sie nicht an, sondern nur, dass sie gelernt habe, in ordentlichen Verfahren zu arbeiten. Inzwischen gehört sie nicht mehr der Anerkennungskommission ihrer Kirche an. Gelernt heißt aber doch: Vor dem Lernen ist vielleicht nicht alles gut organisiert gewesen und es ist vielleicht zu Rollenunklarheiten gekommen, wenn die Bischöfin der Unterstützungscommission vorsitzt. Und wie viel ihre Kirche gelernt hat, darf man fragen: Inzwischen hat eine andere Kirchenvertreterin, die Präses der Landessynode der Nordkirche, den Vorsitz in der Anerkennungskommission.

Dies alles – Entschädigung und Aufarbeitung von Missbrauch – in unabhängige Hände zu geben fällt der Kirche wahnsinnig schwer. Die ForuM-Studie zu sexualisierter Gewalt in den evangelischen Kirchen und ihrer Diakonie zeigt dies überdeutlich. Dass die unabhängigen Forscher meinten, die Landeskirchen hätten weniger Daten geliefert, als ursprünglich geplant, wollen viele Kirchenleitende bis heute nicht gelten lassen. Auch Fehrs spricht von »katholischen Nomenklaturen« in den Fragebögen der Forscher. Die sollen zu Verzögerungen geführt haben. Damit wird wenigstens als Subtext auch mittransportiert: Wir wurden fälschlicherweise durch eine »katholische Brille« gesehen, aber bei uns liegen die Verhältnisse ganz anders. Deswegen finden wir auch eigene Wege für Entschädigung und Aufarbeitung – und übernehmen nicht einfach die Standards, die die katholische Kirche mit einem gewissen zeitlichen Vorsprung erarbeitet hat.

Immerhin konnte sich Kristin Merle mit ihrem Antrag durchsetzen, einen mehrjährigen Arbeitsprozess zum Thema »Kirche und Macht« zu initiieren. Ob allerdings die Kirchenleute, die in die dazugehörige Arbeitsgruppe berufen werden sollen, die richtigen sind, um die eigenen Machtpositionen und –strukturen zu reflektieren, darf bezweifelt werden. Eine wirklich unabhängige Überprüfung, wer welche Handlungsmacht bei ihnen hat, haben sich die Protestanten nicht getraut. »Kirche und Macht« soll auch das Thema der Synode im nächsten Jahr sein. Vielleicht gelingt es dort, offen darüber zu diskutieren.

Links in diesem Artikel:

Artikel-URL: <https://www.publik-forum.de/religion-kirchen/alles-unter-kontrolle>

© **Publik-Forum Verlagsgesellschaft mbH 2025**

<https://www.publik-forum.de/>

Alle Rechte vorbehalten.

Nur zur persönlichen Verwendung. Weitergabe und Veröffentlichung nicht erlaubt.